

L1 Für eine starke Gesellschaft mit Zukunft: Kein Rotstift bei Naturschutz, Klima und gesellschaftlichem Zusammenhalt

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 03.10.2025

Tagesordnungspunkt: 4 Leitantrag

Antragstext

1 Die kommenden Jahre entscheiden, ob Thüringen die Grundlagen für eine gerechte,
2 klimaneutrale Zukunft schafft – oder abgehängt wird. Die kommenden Jahre
3 entscheiden auch, ob wir in Thüringen als Gesellschaft zusammen wachsen und
4 zusammen halten, um den Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam begegnen können
5 – sei es Klimakrise, Artensterben, demografischer Wandel, zunehmende soziale
6 Ungerechtigkeit oder ein immer weiter erstarkender Rechtsruck, der nicht nur von
7 den Rändern, sondern längst aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Jetzt werden
8 die Weichen gestellt für ein ökologisch, soziales und demokratisch gestaltetes
9 Thüringen, das handlungsfähig bleibt, in Menschen investiert und allen eine gute
10 Perspektive und sicheres Leben bietet. Der Doppelhaushalt 2026/27 der Brombeere
11 ist dabei das deutlichste Signal, welche Zukunft die aktuelle Regierung für
12 Thüringen vorsieht. Statt Zukunft zu finanzieren, setzt die Brombeerkoalition in
13 ihrem Entwurf auf Kürzungen bei Natur- und Klimaschutz, Sozialem, Integration
14 oder Kultur und verpasst so die Chance, das Land fit für die 2030er Jahre zu
15 machen. Anstatt die Grundlage für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein
16 friedliches Miteinander zu legen, setzt auch sie auf eine Politik der Spaltung.

17 Es ist eine der politischen Gretchenfragen unserer Zeit, wie sich Parteien
18 gegenüber Veränderungen aufstellen. Während rechts-konservative Kräfte den
19 Menschen vorgaukeln, ein Beharren auf altbekannten Mustern und ein zurück ins
20 Gestern wäre möglich, ist für uns klar: ohne Veränderung wird es nicht gehen.
21 Entscheidend ist jedoch, die Angst vor dem Wandel zu nehmen, dafür zu sorgen,
22 dass niemand zurückgelassen wird und eine vielversprechende Zukunft für alle zu
23 schaffen.

24 Diese Veränderungen kosten Mut, aber sie sind unumgänglich. Stimmungsmache gegen
25 Erneuerbare, gegen Zuwanderung und gesellschaftliche Vielfalt, gegen Klimaschutz
26 und eine solidarische Gesellschaft helfen nicht, die anstehenden Probleme zu
27 bewältigen. Und während konservative Politik noch dabei ist, das Gestern zu
28 feiern, droht unser Land den Anschluss zu verlieren. So steht unsere
29 Gesellschaft vor einer noch tieferen Spaltung: zwischen jenen, die bereit sind
30 für Veränderung und daraus Nutzen ziehen können, und jenen, die Angst davor
31 haben und Gefahr laufen, zurückzubleiben.

32 Um dieser Spaltung etwas entgegenzusetzen, müssen wir jetzt neue Bündnisse
33 schmieden, mit Menschen in ganz Thüringen ins Gespräch kommen und immer wieder
34 darauf drängen, jetzt entschlossen anzupacken. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen
35 wollen zeigen, dass ein Land möglich ist, das mutig handelt, zusammenführt und
36 in die Zukunft investiert, statt sie zu verspielen. Es braucht starke Stimmen,
37 die sich vor den wichtigsten Fragen unserer Zeit nicht wegduckten, sondern sie
38 auf die politische Agenda holen und anpacken.

39 Artenvielfalt erhalten, Lebensgrundlagen schützen

40 Nicht nur die Klimakrise stellt unsere Gesellschaft vor ungeahnte
41 Herausforderungen – das Artensterben hat mindestens ebenso große negative
42 Auswirkung auf unsere Welt. Inzwischen wurden sieben von neun planetaren Grenzen
43 überschritten – darunter Verlust der Biosphäre, Landnutzungswandel und chemische
44 Verschmutzung. Die Stabilität von Ökosystemen weltweit ist bedroht, mit direkten
45 Folgen für Ernährungssicherheit, Gesundheit und Wirtschaft. Diese Krise zeigt
46 sich auch bei uns: Wälder sterben, Arten verschwinden, Landschaften verlieren
47 ihre Vielfalt.

48 Unsere Thüringer Kulturlandschaft verdankt ihren Erhalt dem Engagement
49 zahlreicher Naturschutzverbände: Sie entbuschen Trockenrasen, mähen Bergwiesen,
50 errichten Krötenzäune und sichern Lebensräume. Unter bündnisgrüner Führung
51 wurden mit einem dichten Netz an Natura-2000-Stationen und der Etablierung des
52 Grünen Bandes als nationales Naturmonument bundesweit Maßstäbe gesetzt. Dass der
53 BSW-Umweltminister nun gerade hier kürzt, zeigt, dass weder die leidvolle
54 Geschichte der deutschen Teilung noch der Erhalt unserer Lebensgrundlagen für
55 diese Landesregierung Bedeutung haben. Statt Verantwortung zu übernehmen,
56 verweist sie auf Bund oder Ehrenamt und zerstört so Vertrauen und lang
57 gewachsene Bündnisse zwischen Regierung und Verbänden.

58 Wir BÜNDNISGRÜNEN stehen an der Seite der Naturschutzverbände. Naturschutz ist
59 keine freiwillige Leistung, sondern Pflichtaufgabe. Thüringen braucht eine
60 gesicherte Finanzierung des Naturschutzes und deutlich höhere Zuschüsse in den
61 kommenden Jahren. In Zeiten der Biodiversitätskrise, in der Arten schneller
62 verschwinden als je zuvor, muss der Schutz unserer Lebensgrundlagen endlich zur
63 politischen Priorität werden, gemeinsam mit Zivilgesellschaft, Verbänden und
64 Wissenschaft.

65 Kommunen unterstützen, Klimaschutz ermöglichen

66 Um unsere Lebensgrundlagen zu schützen, braucht es auch konsequenten
67 Klimaschutz. Thüringen ist eines der am stärksten von der Klimakrise betroffenen
68 Bundesländer: Hitze, Dürre und Starkregen wechseln sich hier in beispielloser
69 Geschwindigkeit ab. Auch die wirtschaftlichen Folgen sind für unseren Freistaat
70 enorm: Ernteausfälle, Waldschäden und Hochwasserkosten treffen Land, Kommunen,
71 Landwirt*innen und Unternehmen gleichermaßen. Darum muss Thüringen zum Land mit
72 den höchsten Ausgaben für Klimaschutz und Klimaanpassung pro Kopf werden - im
73 eigenen Interesse und aus unserer globalen Verantwortung.

74 Konsequenter Klimaschutz eröffnet für Thüringen zugleich große Chancen:
75 Investitionen in erneuerbare Energien, eine nachhaltige Wärmeversorgung,
76 zukunftsorientierte Mobilität und digitale Infrastruktur schaffen Wertschöpfung
77 und sichern Arbeitsplätze. Jeder Euro, der in Gebäudesanierung, Solarenergie
78 oder klimafreundliche Mobilität fließt, senkt zukünftige Folgekosten und stärkt
79 regionale Betriebe. Unter bündnisgrüner Führung haben Programme wie Klima
80 Invest und der Klimapakt Kommunen befähigt, selbst Klimaschutz zu betreiben – von
81 LED-Straßenbeleuchtung über Trinkbrunnen bis zu Solaranlagen auf Schulen. Mit
82 der Streichung von Klima Invest und der Reduzierung des Klimapakts auf das
83 Nötigste legt die Brombeerkoalition Klimaschutz und -anpassung auf Eis und
84 betreibt damit eine Politik von Gestern mit fatalen Folgen. Damit macht die
85 Landesregierung unmissverständlich deutlich: Ihr ist es gleichgültig, dass
86 fehlender Klimaschutz unserer Gesellschaft teuer zu stehen kommt und
87 insbesondere die Schwächsten am stärksten darunter leiden.

88 Stattdessen lässt die Brombeere die Kommunen mit den steigenden Kosten allein,
89 mit ernststen Folgen: Klimaschutzmanager*innen werden gestrichen, wichtige
90 Projekte wie energetische Sanierungen oder Radwege werden verschoben. Wenn Land
91 und Bund Kommunen finanziell im Stich lassen und damit handlungsunfähig machen,
92 verfallen öffentliche Räume und wächst der Frust über eine Politik, die
93 Verantwortung nicht sieht oder abwälzt.

94 Wir fordern deshalb: Mindestens 50 Millionen Euro jährlich für kommunale
95 Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen. Denn Klimaschutz wird vor Ort erlebbar –
96 durch Bäume auf überhitzten Plätzen, Sonnensegel über Spielplätzen, eine dichte
97 Bus-Taktung oder sanierte Dorfgemeinschaftshäusern.

98 Klimaschutz, der gezielt entlastet

99 Eine Politik, die Benachteiligungen nicht ausgleicht und Lasten nicht gerecht
100 verteilt, sorgt für Enttäuschung und Politikverdrossenheit bei Bürger*innen.
101 Statt gegen Wärmewende, erneuerbare Energien und Klimaschutz Stimmung zu machen,
102 sollten Landes- und Bundesregierung lieber den Mut haben, für gesellschaftliche
103 Veränderungen einzustehen und diese endlich sozial gerecht zu gestalten. Es
104 mutet geradezu grotesk an, dass immer wieder Menschen, deren Einkommen kaum zum
105 Leben reicht, als Ausrede gegen wirksamen Klimaschutz herhalten müssen. Sind es
106 doch gerade sie, die am stärksten unter den Folgen der Klimakrise leiden. Sie
107 spüren die steigenden Mietnebenkosten und Wärmepreise am meisten. Sie können den
108 Preisanstieg für das Deutschlandticket nicht mehr aufbringen. Sie wohnen
109 häufiger an den stark befahrenen Straßen und werden krank von Lärm und Abgasen.
110 Deshalb können gerade Menschen mit wenig Geld auch am meisten von gut gemachtem
111 Klimaschutz profitieren. Wir wollen gezielt diejenigen entlasten, die am
112 wenigsten haben. Im Landeshaushalt finden sich dazu zu wenig Maßnahmen. Dabei
113 liegt es auf der Hand: finanzielle Unterstützung für Kommunen für Umrüstung auf
114 erneuerbare Wärme; Förderprogramme für energetische Sanierungen von Wohnungen,
115 sodass Mietsteigerungen ausbleiben; ein bezahlbares Angebot von Bus und Bahn im
116 ganzen Land; eine spürbare Energiewende durch ein Förderprogramm für
117 Balkonkraftwerke für Haushalte mit geringem Einkommen. Das sind gute Beispiele
118 für eine gerechte Klimapolitik, die ökologisch wie sozial wirkt und alle
119 mitnimmt.

120 Der Brombeere dagegen scheint eine sozial gerechte Politik egal zu sein, wenn
121 beispielsweise der beliebte Reparaturbonus gestrichen wird. Mit dem
122 unkomplizierten Zuschuss wurden Reparaturen auch für Menschen mit kleinem
123 Geldbeutel erschwinglich. So konnten tausende Geräte erhalten und Elektroschrott
124 vermieden werden. Dass dieser vergleichsweise kleine Topf nun aus angeblichem
125 Sparzwang gestrichen werden soll, ist absurd und unglaubwürdig. Thüringen hatte
126 dank bündnisgrüner Regierungsbeteiligung eine bundesweite Vorreiterrolle. Nun
127 begeht die Landesregierung Sabotage an den Menschen in Thüringen. Wir fordern
128 den Erhalt des Reparaturbonus mit 1 Million Euro pro Jahr!

129 Solidarität statt Spaltung

130 Für uns ist klar: die Antwort auf die steigende soziale Kluft ist eine
131 solidarische Politik. Stattdessen erleben wir bundesweit, auch in Thüringen, wie
132 gegen den Sozialstaat Stimmung gemacht und damit gesellschaftliche Spaltung
133 gezielt befeuert wird. Sozialleistungen, die gerade so das Überleben sichern,
134 werden verteuert. Teilhabe wird zum Luxus, während über Kürzungen beim
135 Existenzminimum oder Arbeitspflicht für Bürgergeldempfänger*innen diskutiert

136 wird. Die Brombeere, aber auch die Bundesregierung setzen dabei ebenfalls auf
137 Spaltung: mit Sozialkürzungen und Law-and-Order-Politik. Über die eigentliche
138 Probleme wird dadurch nicht diskutiert, beispielsweise dass Kommunen mit
139 steigenden Sozialkosten allein gelassen werden und immer häufiger mit Kürzungen
140 bei den freiwilligen Leistungen reagieren müssen. Dabei machen gerade
141 Investitionen in Kunst, Kultur, Sport oder neue Grünflächen das Leben vor Ort
142 lebenswert.

143 Wer Menschen ihre existentiellen Grundlagen entzieht, treibt sie gegeneinander.
144 Wer Ängste nur mit Härte beantwortet, zerstört Vertrauen. Besonders gefährlich
145 ist das bewusste Gegeneinander-Ausspielen von Bevölkerungsgruppen: Migrant*innen
146 gegen Erwerbslose, Arbeitslose gegen Geringverdienende, queere Menschen gegen
147 religiöse Gruppen, jung gegen alt, Stadt gegen Land. So entsteht Misstrauen
148 statt Miteinander.

149 Dabei muss es das Ziel sein, genau dieses Miteinander zu fördern. Denn Thüringen
150 lebt von den Menschen, die sich täglich einbringen: im Sprachunterricht für
151 Geflüchtete, bei Initiativen für mehr Grün oder beim lokalen CSD. Unser
152 Zusammenleben funktioniert oft nur durch das

153 Engagement Einzelner. Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement sind keine
154 Freizeitgestaltung, sondern das Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie stiften
155 Vertrauen, schaffen Zusammenhalt, sichern Teilhabe und eine solidarische
156 Zukunft. Damit das gelingt, brauchen sie verlässliche Finanzierung und eine
157 Anerkennung als echte Partner der Politik.

158 Die von der CDU gelobte „Ehrenamtsförderung“ hilft dabei nicht: Sie ist
159 intransparent, verteilt Gelder nach Gutdünken und schafft keine dauerhafte
160 Strukturen. Wer zivilgesellschaftliches Engagement wirklich stärken will, muss
161 auch hauptamtliche Personalstellen finanzieren. Ehrenamt braucht professionelle
162 Begleitung – sonst bleibt es Alibi.

163 Für die Zukunft sind wir nur gemeinsam gewappnet. Gesellschaftliche Teilhabe für
164 alle Menschen ermöglichen, Vielfalt sichtbar machen und diejenigen unterstützen,
165 die Haltung zeigen – das ist die Basis einer lebendigen Demokratie und unseres
166 gesellschaftlichen Zusammenhalts. Initiativen wie ezra, mobit, das IDZ oder das
167 Netzwerk Demokratiebildung leisten hierfür unverzichtbare Arbeit in Form von
168 Beratung, Analyse und Bildung. Doch der Landeshaushalt setzt auch hier falsche
169 Prioritäten: Fördermittel für zivilgesellschaftliche Projekte halten mit den
170 Bedarfen nicht Schritt, Strukturen drohen wegzubrechen. Statt

171 Zuverlässigkeit gibt es befristete Projekte und dadurch Unsicherheit. Darum
172 fordern wir ein Demokratiefördergesetz und den Ausbau der Fördertöpfe.
173 Kurzfristig müssen die Mittel für das Landesprogramm Demokratie, Toleranz und
174 Weltoffenheit auf 7 Millionen Euro steigen.

175 Auch die Kürzungen im Bereich gesellschaftliche Vielfalt, Antidiskriminierung
176 sowie Integration sind der falsche Weg. Anlaufstellen wie das Queere Zentrum
177 Erfurt oder Integrationsprojekte für Geflüchtete haben unschätzbare Bedeutung
178 und leisten enormes, damit alle Menschen eine Chance haben, Teil unserer
179 Gesellschaft zu sein und keine Ausgrenzung zu erfahren. Diese und viele andere
180 Projekte sind jetzt von einem Kahlschlag bedroht. Dabei braucht es jetzt mehr
181 Einsatz für eine offene Gesellschaft, um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu
182 stärken. Denn die Qualität einer Demokratie bemisst sich auch daran, wie sie

183 ihre Minderheiten und vulnerablen Gruppen schützt. Daher fordern wir eine
184 Rücknahme der Kürzungen und eine Aufstockung der Fördertöpfe.

185 Doch das allein reicht nicht. Zusammenhalt braucht Verständnis, die nur durch
186 Begegnung entstehen kann. Menschen, die sonst wenig miteinander zu tun haben,
187 brauchen Gelegenheiten, um zusammenzukommen. Thüringen braucht eine Offensive
188 für Begegnungsorte - damit in ganz Thüringen mehr Dorfgemeinschaftshäuser,
189 Stadtteilbüros,

190 Mehrgenerationenhäuser und selbstverwaltete Räumlichkeiten für
191 zivilgesellschaftliche Initiativen entstehen, mit verlässlicher und
192 niedrigschwelliger Förderung. So stärken wir den Zusammenhalt durch Begegnung
193 und Austausch, wirken Vereinzelung und Einsamkeit entgegen.

194 Investitionen in die Zukunft und Zusammenhalt

195 Die anstehenden Veränderungen schaffen wir nur mit starkem gesellschaftlichen
196 Zusammenhalt. Dafür müssen wir Spaltung überwinden und Solidarität zur Leitlinie
197 aller Politik machen. Nur dann können wir dem Artensterben und der Klimakrise
198 etwas entgegensetzen und unser Land fit für die Zukunft machen. Das muss sich
199 auch im neuen Landeshaushalt zeigen: Es kommt darauf an, Perspektiven zu
200 eröffnen und den Menschen in Thüringen Planbarkeit zu geben. Werden
201 Zukunftsaufgaben gestrichen, wächst Politikverdrossenheit und profitieren jene,
202 die den Staat schwächen wollen.

203 Wir BÜNDNISGRÜNEN Thüringen fordern eine vorausschauende, gerechte Politik und
204 einen Haushalt, der dies widerspiegelt: mit Mitteln zum Erhalt der
205 Artenvielfalt, für Klimaschutz und Anpassung, für Schulen, Kindergärten und
206 Jugend, für Energiewende, klimaneutrale Wirtschaft, öffentliche Räume und
207 Mobilität. So entstehen Innovation, regionale Wertschöpfung und Perspektiven,
208 damit junge Menschen bleiben, weil sie gute Arbeit und Lebensqualität finden. So
209 entsteht eine Politik, die Zusammenhalt stärkt, Vertrauen in Demokratie schafft
210 und Zukunft eröffnet. Schulden sind dabei kein Problem, sondern ein Werkzeug –
211 wenn sie für echte Zukunftsausgaben genutzt werden.

212 Wir wollen ein Land, das Menschen zusammenbringt, Kommunen stärkt und gerecht
213 vorangeht. Und wir laden ein, gemeinsam Druck zu machen, in Vereinen, Räten,
214 Initiativen und Nachbarschaften. Damit bei der nächsten Wahl nicht das Gestern,
215 sondern das Morgen entscheidet.

Unterstützer*innen

Clara Käßner (KV Gera); Roman Hilscher (KV Wartburgkreis/Stadt Eisenach)